

**Straßenkonferenz: Verkehrsplanung –  
Wir mischen uns ein**

# **Neues aus der Rechtsprechung und Tipps für Bürgerinitiativen**

**MÖLLER PLANUNGSANWÄLTE**

**Matthias Möller-Meinecke,**

**Fachanwalt für Verwaltungsrecht**

München, 17. März 2012

# Matthias Möller-Meinecke

Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Frankfurt

Spezialist im Fachplanungsrecht

Straßen: A4, A44, A49, A60, A66, B2, B8, B 16, B38,  
B46, B 47, B 64, B 87, B 275, B426, B 455, B456,

Bahn: NBS Köln-Rhein/Main, ABS FD- Frankfurt-MA,  
Bahnlärm Rheintal, München, BETUWE, Hamm-  
Osterefeld, Werratal

Flughäfen: Berlin, Frankfurt/Main, München, Kassel

Kraftwerke: E.ON Staudinger, Frankfurt Messe, Merck

# Einmischen lohnt

- (1) Planungskonflikte mit Experten und Anwalt analysieren
- (2) Bündnis mit Naturschutz und Landwirten
- (3) Frühzeitig und kontinuierlich mit Lösungen einmischen,
- (4) politische Lobbyarbeit
- (5) Jahresbudget sichert professionellen Rat

# Straßen scheitern an:

1. fehlende Raumverträglichkeit (B8n)
2. geringem Nutzen, fehlendem Budget (A44)
3. Artenschutz/ UVP (A49)
4. Existenzgefährdung von Landwirten (B47)
5. besseren Alternativen (B38)
6. Flächennutzungsplanung (A281)
7. lokalen Bürgerbegehren (L3062)
8. Veto der Gemeindevertretung (Dreieich)

# Probleme und Lösungen(1)

- (1) „Planung nicht transparent“ => Experten
- (2) „Paragrafendschunzel“ => Anwalt
- (3) „Scheindialoge“ => Argumente/ Presse
- (4) Beschleunigungsgesetze => frühzeitig
- (5) BFernStrAG => Alternativen, RegPlan

# Probleme und Lösungen(2)

- (6) „*keine Alternative*“ => Lobbyarbeit/PR
- (7) „*Flurbereinigung*“ => Abzug 5%
- (8) CEF-Maßnahmen => Bündnis „Natur“
- (9) „*Frust*“ => kurzfristige Ziele, belohnen
- (10) „*kein Geld*“ => Beiträge, Spenden,  
Straßenfeste, Bündnis

# Tipps/ Strategien für BI's (1)

- (1) Positive politische Ziele entwickeln („ja“)
- (2) politisch handelnde Steuerungsgruppe
- (3) frühe und stete Beratung durch Experten
- (4) Anwalt als Projektsteuerer
- (5) große Zahl von Sympathisanten
- (6) Kontinuierliche Beiträge/ Spenden (Budget)

# Tipps/Strategie für BI's (2)

- (7) qualifizierte Alternativvorschläge
- (8) stete Akteneinsicht/ Konfliktkontrolle
- (9) Zuarbeit für (Naturschutz-)Fachbehörden
- (10) kontinuierliche PR Arbeit
- (11) gemeinnütziger Verein/ Spendenabzug
- (12) überraschende Aktionen
- (13) punktuelle Bündnisse



# Rat (1): Analyse, Ziele

- (1) Analyse der Stärken (Argumente, Rechte, Personal, Resonanz, Aktionen) und Schwächen. Woraus resultieren die Probleme? Was kann durch wen wie und wann geändert werden?
- (2) Entwicklung von erreichbaren Zielen (k-m-l)
- (3) Nachvollziehbare Botschaft : „Think positiv“ (Lebensqualität, Naherholung, Ruhe)

# Rat(2): Bündnisse, Teilen

- (4) politisch Denken und Handeln
- (5) für Bündnispartner öffnen, einbeziehen
- (6) immer wieder subjektiv bewältigbare kleine und große Handlungsschritte entwickeln
- (7) Aufgaben – nach Ressorts - verteilen  
(Koordination, Fachthemen, Presse, Aktionen, Finanzen, Homepage)

# Rat (3): Motivieren

- (8) regelmäßige Bilanz: Erfolge, aber auch: warum wurde was nicht erreicht, wie sind Hindernisse zu überwinden?
- (9) Transparenz nach innen (Lob/Kritik) kann motivieren
- (10) Solidarität nach Scheitern vermeidet Frust
- (11) Erfolge öffentlich gemeinsam würdigen

# Raumordnung (B 8)

- Durchschneidung von 30 ha Wald -Naturpark
- längste erfolgreiche Platzbesetzung
- Gericht hob erste Planfeststellung auf
- Fachargumente im Raumordnungsverfahren
- Trassenspaziergänge, Aktionen, Fraktion
- Land: „nicht raumverträglich“
- Bilder, Video: [www.moeller-strasse.de](http://www.moeller-strasse.de)

# Planung/ Politik (A 281)

BVerwG zum Neubau A 281 in Bremen:

SV: Gewählte Linienführung nicht mehr als Fortentwicklung der Grundkonzeption und Lage der Trasse im Flächennutzungsplan.

BVerwG: Der Flächennutzungsplan bindet bei der Trassenwahl.

Rat: Stärkt Variantenprüfung. Intervention bei Regionalplanung/ FNP. Bürgerbegehren

# Fristen, Experten (A 94)

BayVGH zum Neubau A 94 Dorfen/Isental:

BayVGH: Präklusion. Zwangspunkt, verkehrliche Erschließung des Raums, Verkehrssicherheit und Lärmschutz begründen Trasse.

FFH nicht geboten (Grauspecht weiche aus)

Rat: Expertenrat, Fristenkontrolle, umfassende Rügen

# Artenschutz (A30)

BVerwG zu A30 Bad Oeynhausen präzisiert die Maßstäbe für die Ermittlung und Bewertung der artenschutzrechtlichen Beeinträchtigungen (außerhalb von FFH-Gebieten): signifikant erhöhtes Kollisionsrisiko verstößt gegen artenschutzrechtliches Tötungsverbot, Varianten sorgfältig geprüft, Rat: geeigneten Fachgutachten einbringen

# Rechtsschutz (173Freiberg)

BVerwG zu B 173 Freiberg ordnet auf Eilantrag eines Naturschutzverbandes Baustopp an, weil zum Teil schwierige tatsächliche und rechtliche Fragen insbesondere zum Gebiets- und Artenschutz zu klären sind. Angemessene Interessenabwägung fordert, die Schaffung vollendeter Tatsachen zu verhindern.  
Rat: Artenschutz in Mittelpunkt stellen



# Flurbereinigung (B49 LIM)

BVerwG: Flurbereinigungsverfahren geeignet, Gefahr einer Gefährdung der Existenz landwirtschaftlicher Betriebe zu bewältigen

Rat: Bündnis mit Landwirten gegen Flurbereinigung, Unterschriftenaktion, qualifizierte Einwendungen, Beispiele für Flächenabzug bis 5%

# Summation (B15/A92)

BVerwG zu B 15/A

Summationswirkungen in FFH-  
Verträglichkeitsprüfung zu  
berücksichtigen soweit absehbar

Bei Trassenvergleich Kosten eines  
Worst-case-Szenarios relevant

Rat: Gutachten einholen

# Kategorie, RQ, $V_E$ (B112)

BVerwG (zur B112 OU Brieskow):

Prognosezeitraum von 16 Jahren ohne Beanstandung, auch weil deutschlandweite Verflechtungsprognose 2025 einbezogen.

RQ nicht durch FStrAG fixiert, Kat. A I od. B II, RQ 15,5 od. 10,5 nach Richtlinien für integrierte Netzgestaltung bewertet

Rat: Rat von Verkehrsgutachtern

# Alternativen (B112)

BVerwG: in Abwägung alle ernsthaft in Betracht kommenden Alternativen berücksichtigen und in die vergleichende Prüfung der von den möglichen Alternativen jeweils berührten öffentlichen und privaten Belange eingehen. Kriterium „schonender“ Wertminderungen berücksichtigen  
Rat: alle Alternativen früh einbringen, „*Thießen*“-Gutachten

# Mautausweichverkehr

BVerwG zu Voraussetzungen eines LKW-Durchfahrtsverbotes (§ 45 Abs. 9 S. 3 StVO)

Erhebliche Auswirkungen (+), wenn  $> 3$  dB (A) oder mind. 70 dB (A) tags oder 60 dB (A) nachts erhöht oder ein schon in dieser Höhe bestehender Beurteilungspegel durch Ausweichverkehr weiter erhöht wird

Rat: Schwerverkehr zählen, Lärm berechnen, Verbot beantragen, Bündnis lokale Wirtschaft

# Flora-Fauna-Habitat (A94)

EuGH zur A 94 M: Der Schutz von seltenen Biotopen und vom Aussterben gefährdeter Tierarten ist wichtiger als eine neue Trasse. Denn mit FFH Meldung ist Deutschland in der Pflicht, alles zu verhindern, was die ökologische Wertigkeit des zu schützenden Gebietes ernsthaft beeinträchtigen könnte.  
Rat: Fledermäuse kartieren

# Stärkung Bürgerbeteiligung

Frühzeitiges qualifiziertes, ungefragtes  
Einmischen in öffentliche Diskussion

Bündnispartner gewinnen,

Forum/ Moderation mit Budget/ Experten

Mediation hat mehr Vor- als Nachteile

Planauslegung durch Veranstaltungen,

Netzwerk, Hilfen begleiten

# Bundesverkehrswegeplanung

1. Frühzeitige Beteiligung von Bürgern und Verbänden bei BVerkehrswegePlan, BFernStrA
2. Nutzen-Kosten Prüfung für Alternativen (Bahn)
3. Stärkung der Raumordnungsplanung mit Prüfung von Alternativen und Umweltverträglichkeit



# Service für BI's und Naturschutz

1. Besprechung aktueller Urteile
2. Recherchen in Datenbank relevanter Entscheidungen und Gutachten
3. Einwendungsgenerator
4. Lärmrechner, Prozeßkostenkalkulation
5. Vorträge als PowerPoint Präsentation
6. „Newsletter“ tagesaktuell oder seltener

# Aktuelles für BI's und Verbände

Moeller-Meinecke.de: Rechtsanwalt Matthias M. Möller-Meinecke - Windows Internet Explorer

http://moeller-meinecke.de/

Moeller-Meinecke.de: Rechtsanwalt Matthias M. Mölle...

## Matthias Möller-Meinecke

Rechtsanwalt

Fachanwalt für Verwaltungsrecht



RA Möller-Meinecke

Anruf (kostenfrei)

Kontakt

Erstberatung

Projekte

Veröffentlichungen

Im Spiegel der Medien

Links und Service

Suchen

Newsletter & Extras

Benefiz

Impressum

Besuchen Sie auch die

Weiterempfehlen...

Lesezeichen setzen bei

### Fluglärm mindert Wohnwert am Lerchesberg

Auf 20 Mio. € schätzen Makler den Wertverlust der Wohngrundstücke durch Fluglärm am Frankfurter Lerchesberg. Im Vortrag vom 4. November entwirft RA Möller-Meinecke eine Abwehrstrategie. [«mehr»](#)



©Torsten Raubut - Fotolia.com

### GEMA-Vergütung für Straßenfest/ Weihnachtsmarkt

Der Bundesgerichtshof hält eine Berechnung der Vergütung nach der Gesamtveranstaltungsfläche aus Gründen der Praktikabilität für geboten. [«mehr»](#)



Yvonne Bogdzinski © www.fotolia.de

### Die Lärmschutzverordnung verfehlt ihren Schutzanspruch

Wachstumsperspektiven für die Luftfahrt einerseits - "Einsperren" und Wertverluste für die Lärmbetroffenen andererseits [«mehr»](#)



2013-1119101

### Bahn ist dreimal so laut wie gesetzlich zulässig

Gerichtsgutachter bestätigt die Verstöße der Deutschen Bahn gegen das Nachbarrecht [«mehr»](#)



PicturArt © www.fotolia.de

### Gebühr für Darlehenskonto unwirksam

Die Bank darf für die Führung eines Darlehenskontos keine monatlichen Gebühren berechnen. [«mehr»](#)



Lars Koch © www.fotolia.de

### Straßenreinigungssatzung der Stadt Frankfurt am Main unwirksam

### Schutz gegen Verkehrslärm

Wie laut ist es und ab wann besteht ein Anspruch auf nachträglichen Lärmschutz? Rechnen Sie selbst nach. [«mehr»](#)



©ST

### Lärm von Bahnstrecken: Anspruch auf aktiven und passiven Schallschutz

Wohnanlieger, die durch Bahnlärm wesentlich beeinträchtigt werden, haben vorrangig Anspruch darauf, dass der Lärm verhindert wird, wenn die dazu nötigen Maßnahmen wirtschaftlich zumutbar sind. Das hat der BGH entschieden [«mehr»](#)



© Kurt Michel / PIXELIO

### Bahnlärm macht krank

Mittelungspegel und Schienenbonus sind wissenschaftlich überholt; daher sind diese Regelungen der 16. BImSchV und der Schall 03 verfassungswidrig. [«mehr»](#)



Klaus Bopp © www.fotolia.de

### Wasserrecht trägt keine Bauwerke

Der Ausbau des Hafens Köln-Godorf ist rechtswidrig. Die Wasserbehörde ist für eine für umfassende planfeststellungsrechtliche Zulassung nicht zuständig. [«mehr»](#)



Igor Tarasov © www.fotolia.de

### Umweltinformationsanspruch

Vor Erteilung einer Auskunft nach dem Umweltinformationsgesetz muss keine Prüfung der Richtigkeit der vorliegenden Informationen erfolgen. [«mehr»](#)



Bismans © www.fotolia.de

# www.Moeller-Strasse.de